

Getriebene der gleich langen Spiesse

Nächste Woche erscheint das Update zur Umsetzung der Empfehlungen des letztjährigen Rohstoffberichts des Bundesrates

Gerald Hosp

Vor einem Jahr veröffentlichte der Bundesrat einen Bericht zu den Problemen in der Rohstoffbranche. Was wurde aus den Empfehlungen?

Stéphane Graber, der Generalsekretär des GTSA, des Lobbyverbandes des Genfer Rohstoffsektors, blickt leicht herausfordernd in die Runde der Teilnehmer des «Trading Forum» in Genf. Die grössten Karriereaussichten bei den Rohwarenhändlern hätten Leute, die sich mit Compliance beschäftigten, sagt Graber. Compliance-Abteilungen wachen über die Einhaltung von Verhaltensmassregeln, Gesetzen und Richtlinien. Die Zuhörer beim «Trading Forum» sind zu einem grossen Teil Teilnehmer von Lehrgängen an der Universität Genf, die auf den Rohwarenhandel ausgerichtet sind. Zuvor hat Lorenz Kummer, Interessenvertreter des Hilfswerks Swissaid, dem Publikum ins Gewissen geredet: Rohwarenhändler würde sich ungenügend für die Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern der Rohstoffe interessieren.

Freiwilligkeit und Dialog

Was im Kleinen diskutiert wird, hat schon seit geraumer Zeit seinen Anfangspunkt im Grossen gefunden: Angetrieben von Nichtregierungsorganisationen, die die Aktivitäten von Rohwarenhändlern und Bergbaukonzernen wegen sozialer und ökologischer Probleme kritisieren, schaltete sich im vergangenen Jahr die Politik ein. Im März 2013 hat der Bundesrat erstmals einen Bericht zur Lage der Branche und zu deren Problemen veröffentlicht.

Die Schweiz ist eine wichtige Drehscheibe für den physischen Handel mit

Rohwaren. Etliche grosse Handelsunternehmen sind in der Schweiz domiziliert oder haben in Genf, Zug oder Lugano eine Dépendance. Im Bericht wird auch ein mögliches Reputationsrisiko für das Land aufgrund des Verhaltens von in der Schweiz domizilierten Unternehmen als Beweggrund für die vertiefte Beschäftigung genannt.

Bis Ende März soll nun ein weiterer Bericht publiziert werden, der den Fortschritt bei der Weiterverfolgung der insgesamt 17 Empfehlungen beschreibt. Es wird sich dem Vernehmen nach um einen Rechenschaftsbericht handeln, eine programmatische Veränderung soll es nicht geben. Der Bundesrat unternimmt einen Spagat zwischen der Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz für Rohstofffirmen sowie der Stärkung der Transparenz und des Verantwortungsgefühls in der Branche. Dabei setzt Bern auf Freiwilligkeit und den Dialog zwischen den Anspruchsgruppen. Claude Wild, Leiter der Abteilung Menschliche Sicherheit im Departement für Auswärtiges, sagte gegenüber der Zeitung «L'Agefi» aber, dass ein Status quo keine Option für die Unternehmen sei. Nichtregierungsorganisationen kritisieren den Ansatz. Oliver Classen von der Erklärung von Bern spricht von einem «Freiwilligkeitsmantra» des Bundes und fordert vielmehr rechtsverbindliche Standards.

Derzeit wird die Frage diskutiert, wie der Bund Unternehmen, speziell im Rohstoffbereich, vorschreiben soll, Menschenrechtsaspekte zu berücksichtigen. Bis Ende Jahr soll dafür eine Strategie ausgearbeitet werden (vgl. NZZ 19. 3. 14). Dabei geht es auch immer um die Frage, ob Bergbauunternehmen und Rohwarenhändler unterschiedlich zu behandeln seien. Selbst in der Branche spricht man aber von einem schlechten

Argument, wenn Händler sagten, es sei schwierig, die Verhältnisse vor Ort zu überprüfen, und dass sie deshalb von Sorgfaltspflichten entbunden seien. International liegt der Schwerpunkt bei Vorschriften für den Rohstoffabbau, in der Schweiz sind jedoch hauptsächlich Handelsunternehmen angesiedelt. Laut Empfehlung 11 soll nun eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Unternehmen, der Kantone und der Zivilgesellschaft Verhaltensstandards für Handelsgesellschaften erarbeiten, die als Basis für die Selbstregulierung dienen sollen. Zudem wären diese «Schweizer Standards» auch für die Eingabe von Initiativen auf internationaler Ebene gedacht. Es fanden bereits Treffen statt, laut Teilnehmern ist die Diskussion aber noch nicht weit gediehen.

Gesetzgebungsmaschinerie

Es wurden bereits im vergangenen Jahr auch Gesetze vorgelegt, die den Rohstoffbereich betreffen. So wird die Schweizer Goldhandelstatistik wieder nach Ländern aufgeschlüsselt. Die Umsetzung der globalen Richtlinien gegen die Geldwäscherei wird im Parlament diskutiert. Zudem stehen das Finanzinfrastrukturgesetz (Finfrag) und das Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) vor der Tür. Die Gesetzgebungsttigkeit wird aber vor allem von international vorgegebenen Regelungen getrieben und ist nicht spezifisch für Rohstoffe. Die Bestimmungen haben aber eine grosse Bedeutung für die Branche.

Um die Transparenz und die Stabilität des Derivatemarktes zu steigern, wurden international Standards vereinbart. Es geht vor allem um die Pflicht zur Meldung von börslichen und ausserbörslichen Geschäften an ein Transaktionsregister. Im Rohstoffsektor haben ausserbörsliche Instrumente eine grosse

Bedeutung, weil Händler häufig spezifische Transaktionen durchführen. Kritiker stiessen sich an der mangelnden Transparenz. Zudem soll eine Clearingpflicht eingeführt werden: Standardisierte ausserbörsliche Geschäfte müssen über eine zentrale Gegenpartei abgerechnet werden. Dabei sind vor allem Finanzinstitute betroffen, die ein Mindestvolumen an Kontrakten überschreiten. Geschäfte zur Absicherung von physischen Transaktionen mit Derivaten sind jedoch ausgenommen, es wird auf Finanzinvestitionen fokussiert.

Martin Fasser von der Branchenvereinigung Zug Commodity Association verweist darauf, dass es in diesem Zusammenhang noch problematische Fragen der Definition gibt. Ab wann wird ein Rohstoffhändler zu einem Institut, das dem Finfrag unterliegt? Welche Transaktionen gelten als Absicherung, welche als Spekulation? Fasser verweist darauf, dass für ein Geschäft oft mehrere Kontrakte verwendet werden, um eine Vielzahl an Eventualitäten abzudecken. Es macht dann einen Unterschied für das Volumen, ob jeder einzelne oder nur der genutzte Kontrakt gezählt wird. Daneben wird noch über

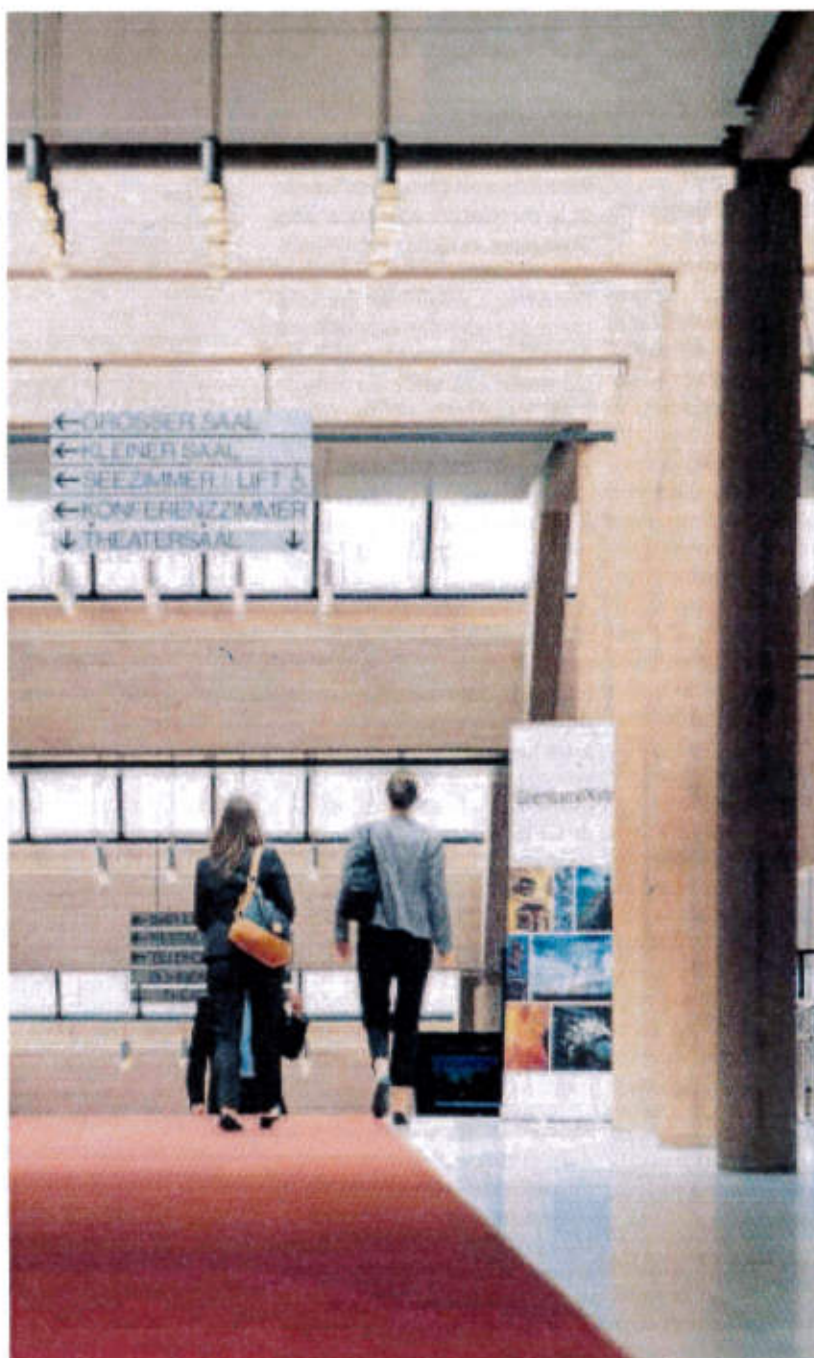
ein verbessertes Risikomanagement diskutiert, wenn das Derivategeschäft aufgrund spezieller Eigenheiten nicht für ein zentrales Clearing geeignet ist. Da Rohwarenhändler in der Regel international tätig sind, unterliegen sie meist schon ähnlichen Regelwerken wie den europäischen Richtlinien Emir oder Mifid II und der amerikanischen Regulierung «Dodd-Frank». Fasser meint deshalb, dass ohnehin offene Türen eingerannt würden.

Auf die USA und die EU wird auch in puncto Transparenz bei den Zahlungen von Rohstofffirmen an Regierungen geschielt. Empfehlung 8 gibt vor, die Auswirkungen einer allfälligen Einführung von Transparenzvorschriften auf den Schweizer Rohstoffsektor abzuklären und die Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage zu prüfen. Die ausländischen Erfahrungen sind dafür von Bedeutung. Aus der Bundesverwaltung heisst es, dass die Arbeiten dazu noch nicht weit seien, zumal das Gesetz in den USA blockiert ist und die EU-Direktive von den Mitgliedsländern noch umgesetzt werden muss. Zudem betreffen die Regelungen Bergbaukonzerne und keine Händler. Weitergekommen ist die «Extractive Industries

Transparency Initiative», EITI, die auf Freiwilligkeit beruht. Im vergangenen Jahr beschloss die EITI, in deren Vorstand die Schweiz vertreten ist, Regierungen zu verpflichten, die Zahlungen von Rohstoffhändlern an Staatskonzerne zu publizieren. Wie eine Umsetzung erfolgen soll, ist noch fraglich.

Seltene Eigeninitiative

Die Schweiz erscheint bei der Weiterverfolgung der Empfehlungen vor allem als Getriebene, was aber auch dem Ansatz der international gleich langen Spiesse geschuldet ist. Eigene Initiativen sind deshalb rar. Der Versuch, gemeinsam mit Standort-Konkurrenten wie Singapur oder Dubai Standards aufzusetzen, wird offenbar nicht unternommen. Es bestehe auf diesen Handelsplätzen kein Interesse an einer Zusammenarbeit, es sei eine europäische Diskussion, heisst es aus Bern. Das Update des Rohstoffberichts wird damit wohl kein Endpunkt in der Diskussion um die Rohstoffbranche in der Schweiz sein – so wenig, wie der Bericht vor einem Jahr der Ausgangspunkt war.



Auf dem Weg zur Generalversammlung von Glencore Xstrata.

GAETAN BALLY / KEYSTONE